

B

Ausgabe Juli 2014

**BERICHT
AUS DEM LANDTAG**

**KEINE
FAULEN
TRICKS
IN DER
BILDUNG!**

Thema des Monats
**KEINE TASCHENSPIELERTRICKS
IN DER BILDUNG**

Aus dem Parlament
ER IST WIEDER DA

Veranstaltung
**„MIT DEN BÜRGERN,
NICHT GEGEN SIE“**

Klartext
**NIEWISCH-LENNARTZ:
WIE VIELE FEHLER NOCH?**

Aktuell
**KRANKENHAUSVERSORGUNG
NEU AUSRICHTEN**

Aus dem Parlament
**CDU LEGT EU-BETEILIGUNGS-
GESETZ VOR**

Die Fraktion unterwegs
**TEAM CDU:
„SCHWARZ, SCHNELL, GUT“**

EDITORIAL



Sehr geehrte Damen
und Herren,

das waren beeindruckende Wahlergebnisse für die CDU. Bei der Europawahl holt die CDU mit unserem Spitzenkandidaten David McAllister in Niedersachsen das beste Ergebnis aller Bundesländer. Gleichzeitig bestätigt die CDU mit zahlreichen Siegen bei Landrats-, Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen ihre Spitzenstellung in den Kommunen. Damit bleibt die CDU über alle Ebenen gut vernetzt, und wir erhalten viele unterschiedliche Impulse für unsere Arbeit im Landtag.

Inzwischen mehren sich die kritischen Stimmen gegenüber der Landesregierung. Das gilt auch für die Berichterstattung in den Zeitungen. Rot-Grün hat sich mit Ihrer wackeligen Einstimmigkeit im Landtag für das Nichtstun entschieden. Dadurch wird das Land in den Zukunftsfragen zurückgeworfen. Unter der CDU war Niedersachsen die entscheidende politische Kraft des Nordens. Inzwischen wird das Land nicht mehr wahrgenommen. Dieser Ministerpräsident setzt keine Impulse. Das werden wir uns nicht mehr lange leisten können.



Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

THEMA DES MONATS

KEINE TASCHENSPIELER-TRICKS IN DER BILDUNG

CDU fordert Landesregierung auf, die frei werdenden BAföG-Mittel im Hochschuletat zu belassen



Jörg Hillmer, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.



Im Gegenzug für die Übernahme der BAföG-Finanzierung durch den Bund haben sich die Länder verpflichtet, die frei werdenden Mittel in die Schulen und Hochschulen zu investieren – daran soll sich auch Niedersachsen halten, fordert die CDU.

Foto: dpa

Es war der Abend nach der Europawahl – die Spitzen der Koalition im Bund kamen in Berlin zusammen, um über die Konkretisierung der im Koalitionsvertrag angekündigten Milliarden für den Bildungssektor zu diskutieren. Bereits am nächsten Morgen verkündete das Bundesministerium für Bildung und Forschung ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Der Bund übernimmt ab dem 1. Januar 2015 die vollständige Finanzierung des BAföG. Allerdings geknüpft an eine Bedingung: Die Länder haben sich verpflichtet, die dadurch jährlich frei werdenden Mittel von rund 1,17 Milliarden Euro in Schulen und Hochschulen zu investieren.

Umso erstaunlicher ist es, dass Niedersachsens Ministerpräsident Stefan Weil noch am gleichen Tag verkündete, die rot-grüne Landesregierung werde mit den nun zur Verfügung stehenden Mitteln die Finanzierung einer dritten Kraft in den niedersächsischen Krippen finanzieren. „So viel aus dem Tal der Ahnungslosen: Herr Weil, der an der Sitzung in Berlin nicht teilgenommen hat, bejubelt ein Ergebnis, das es so nie gegeben hat“, kritisiert der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Jörg Hillmer. „Offensichtlich hat man vergessen, Herrn Weil über die Details der Vereinbarung zu informieren.“ Auch im Rahmen des Juni-Plenums beharrte die Landesregierung in Person von Finanzminister Schneider auf der Behauptung, es gäbe für die freiwerdenden Mittel keine Zweckbestimmung. Hillmer: „Das ist schlichtweg falsch. Es hat zu keinem Zeitpunkt einen Zweifel daran gegeben, dass die freiwerdenden Mittel für die Hochschulen und Schulen einzusetzen sind.“

Der Regierung Weil fehlt die Kraft zur Gestaltung

Das Problem der Regierung Weil sei vielmehr die ihr fehlende Kraft zur Gestaltung: „Jeder politische Impuls wird unter den Vorbehalt gestellt, dass der Bund das Geld dafür zur Verfügung stellt“, sagt Hillmer. Die CDU hat hingegen längst einen Antrag für die dritte Fachkraft in Krippen auf den Weg gebracht. „Rot-Grün hätte die dritte Kraft in Krippen längst haben können. Stattdessen haben SPD und Grüne im Landtag gleich zwei Mal namentlich dagegen gestimmt“, betont Hillmer. Eine weitere Abstimmung im Juni-Plenum lehnte Rot-Grün ab.

Mit ihrem Antrag „Keine Taschenspielertricks in der Bildung“ macht sich die CDU jetzt dafür stark, die frei werdenden BAföG-Mittel im Hochschuletat zu belassen. „Die Hochschulen können sich auf uns verlassen“, verspricht Hillmer. „Wir brauchen die dritte Kraft in den niedersächsischen Krippen, keine Frage. Aber eine Entnahme aus dem Hochschuletat werden wir nicht hinnehmen.“

AUS DEM PARLAMENT ER IST WIEDER DA

Der Wolf ist zurück in Niedersachsen: Experten rechnen mit steigender Population - Nutztierhalter sehen die Wiederansiedelung mit gemischten Gefühlen

Jeder kennt sie, die Geschichten vom bösen Wolf, der vom Rotkäppchen bis zu den sieben Geißlein alles verschlingt. Diese Schauermärchen haben sicherlich ihren Teil dazu beigetragen, dass der Wolf im Zuge einer Jahrhunderte langen Ausrottungskampagne aus den niedersächsischen Wäldern verschwand. Der letzte Wolf soll 1892 im Becklinger Holz in der Lüneburger Heide erlegt worden sein. Mehr als 100 Jahre später kehrt er nun als streng geschützte Art nach Niedersachsen zurück. Nach ersten Hinweisen auf einen Wolfbestand in verschiedenen Landesteilen im Jahr 2011 gilt der Wolf seit 2012 wieder als heimisch. Derzeit wird der Bestand auf circa 30 Tiere geschätzt – Tendenz steigend.

Seit 2012 gilt der Wolf in verschiedenen

Landesteilen wieder als heimisch

Ein großer Erfolg für den niedersächsischen Artenschutz, der jedoch auch neue Herausforderungen mit sich bringt. Denn gänzlich unproblematisch ist die Wiederansiedelung nicht. Der Wolf ist ein Raubtier – seine Hauptbeute: mittelgroße Huftiere, zum Beispiel Schafe. Seine Rückkehr geht mit zunehmenden Nutztierrißen einher und sorgt damit für Verunsicherung bei Niedersachsens Viehhaltern. Mit einem Antrag will die CDU-Landtagsfraktion nun dafür sorgen, dass betroffenen Tierhaltern schnell und unbürokratisch geholfen wird. „Trotz der allgemeinen Freude über die Rückkehr des Wolfs dürfen wir die Halter mit den Konsequenzen, die mit seiner Wiederansiedelung einhergehen, nicht alleine lassen“, betont der CDU-Landtagsabgeordnete Ernst-Ingolf Angermann. „Dabei geht es nicht darum, den Wolf zu verbannen, sondern die Betroffenen zu schützen.“



Ernst-Ingolf Angermann, MdL – CDU-Landtagsabgeordneter.



Lange war er verschwunden, jetzt ist der Wolf zurück in Niedersachsen. Auch der erste Nachwuchs ist schon da – Experten rechnen langfristig mit einer steigenden Population. Foto: dpa

So dauert es nach einem Tierriss oftmals viel zu lange, bis die Entschädigungszahlungen vom Land an die Halter fließen. Abhilfe soll hier die zügige Umsetzung der „Förderrichtlinie Wolf“ schaffen, die das Umweltministerium seit Monaten vorbereitet. Allerdings in modifizierter Form: Neben dem Verzicht auf die Festlegung so genannter Wolfsregionen fordert die CDU-Fraktion, die Viehhalter auch bei der Regulierung wirtschaftlicher Schäden zu unterstützen, die ihre Tiere bei einer durch einen Wolfs-Angriff ausgelösten Flucht verursachen – zum Beispiel bei Unfällen mit Pkws.

Doch nicht nur die Tierrisse machen den Haltern zu schaffen – ihr natürlicher Fluchtinstinkt treibt die Tiere nach einem Wolf-Kontakt oft kilometerweit weg von ihren Weiden. Für entsprechende Präventionsmaßnahmen müssen die Halter bislang selbst aufkommen. „Die geplanten Richtlinien zur Förderung geeigneter Schutzvorkehrungen müssen schnellstmöglich umgesetzt werden“, sagt CDU-Wolfsexperte Angermann. „Nach Ansicht von Experten rollt das Problem einer wachsenden Wolfs-Population schneller auf uns zu, als es das Ministerium wahrhaben will. Wir müssen jetzt handeln und nicht erst, wenn es zu spät ist.“ Denn für eine dauerhaft erfolgreiche Ansiedelung des Wolfs in Niedersachsen, so Angermann, sei die Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung unabdingbar.

Veranstaltung

„MIT DEN BÜRGERN, NICHT GEGEN SIE“

Massive Kritik an geplanter Führung der SuedLink-Trasse – Heiner Geißler fordert mehr Bürgerbeteiligung bei Realisierung von Großprojekten

Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hält die bislang geplante Beteiligung bei der Planung der SuedLink-Stromtrasse für nicht ausreichend. Bei einer Diskussion mit der CDU-Landtagsfraktion plädierte er für ein mehrstufiges, gesetzlich geregeltes Verfahren mit Bürgerentscheiden. Gleichzeitig forderte er bei Planung und Umsetzung von Großvorhaben größtmögliche Transparenz. „Als Industrieland sind wir auch künftig darauf angewiesen, Großinvestitionen wie Bahnhöfe und Flughäfen umsetzen zu können. Das geht aber nur mit den Bürgern, nicht gegen sie“, betonte Geißler, der zuletzt als Streitschlichter half, den Konflikt um das umstrittene Bahnprojekt Stuttgart21 beizulegen. Die „Basta“-Politik im Stile des ehemaligen SPD-Bundeskanzlers Gerhard Schröder sei in Deutschland nicht länger konsensfähig.

Die Suedlink-Trasse soll nach dem Vorschlag von Netzbetreiber TenneT durch acht niedersächsische Landkreise sowie die Region Hannover verlaufen und ist Deutschlands längstes Stromnetzprojekt. Die circa 800 Kilometer lange Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitung soll von Schleswig-Holstein über Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen nach Bayern führen und den an der Küste produzierten Windstrom von Nord nach Süd befördern. Geplanter Baustart ist 2016. In den von der Trassenroute betroffenen Kommunen zeichnet sich schon jetzt massiver Widerstand ab. Zuletzt drohten die Region Hannover sowie fünf weitere betroffene Landkreise in Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen den SuedLink-Planern mit einer Klage und forderten die Vorlage von Alternativrouten noch vor der Sommerpause.

Im Hinblick auf den Trassenbau müsse man, so Geißler, so früh wie möglich das Gespräch mit den betrof-



Der ehemalige CDU-Generalsekretär und Bundesminister a.D. Heiner Geißler plädierte bei einer Diskussion mit der CDU-Landtagsfraktion für mehr Bürgerbeteiligung bei Großprojekten.



CDU-Fraktionschef Björn Thümler: „Heiner Geißler hat die richtigen Ansätze.“

fenen Anwohnern suchen. Der Gesetzgeber müsse die Strukturen in frühen, nicht förmlichen Vorverfahren der Bürgerbeteiligung regeln. Die Aufgabe des Parlaments sei es, das nicht förmliche Vorverfahren in ein förmliches Verfahren zu überführen. Um ein faires und offenes Beteiligungsverfahren zu garantieren, müssten auch die Projekt-Gegner mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Mögliche Verzögerungen bei der Realisierung von Großprojekten durch eine intensivere Beteiligung der Bevölkerung befürchtet Geißler nicht. „Im Gegenteil, wenn die Betroffenen rechtzeitig und in angemessener Form an Planung, Finanzierung und Durchführung beteiligt werden, wird die Zahl der späteren Einsprüche und Gerichtsverfahren deutlich zurückgehen“, so Geißler. Grundsätzlich halte er die Entscheidung für den Atomausstieg und die Forcierung der Energiewende in Deutschland für richtig. „Die Energiewende ist eine der besten politischen Entscheidungen, die die Bundesregierung je getroffen hat“, sagte Geißler.

CDU-Fraktionschef Björn Thümler: „Heiner Geißler hat die richtigen Ansätze - wir werden uns in der Fraktion intensiv mit seinen Anregungen auseinandersetzen.“

KLARTEXT:

NIEWISCH-LENNARTZ: WIE VIELE FEHLER NOCH?

Von Björn Thümler

Wenn es zutrifft, dass Sprache Bewusstsein schafft, dann ist Niedersachsens grüne Justizministerin Niewisch-Lennartz seit dem vergangenen Plenum in ihrer Selbstreflexion offenbar ein Stück weiter gekommen. „Ich habe noch nie vor einem Rücktritt gestanden“, hatte Niewisch-Lennartz während der mündlichen Anfrage eingeräumt. Drei Stunden hatte sie sich während dieses Plenartages zu den verschiedenen Pannen und Fehlern äußern müssen, die ihre Amtsführung kennzeichnen. Wer in dieser Situation über „Rücktritt“ spricht, beweist immerhin, dass ihm das letzte Quäntchen Realitätssinn noch nicht abhanden gekommen ist.

Denn Fakt ist: Die Mängelliste von Ministerin Niewisch-Lennartz hat inzwischen einen kritischen Umfang erreicht, regelmäßig gibt sie bei Pannen eine schlechte Figur ab. Da ist beispielsweise die im Hinterzimmer geplante und zur völligen Überraschung der betroffenen Mitarbeiter umgesetzte Schließung der JVA-Standorte in Celle und Braunschweig Anfang des Jahres.

Oder der Fall Edathy, in dem es gleich mehrere Ermittlungsfragen in Niedersachsen gegeben hat und in dem noch zahlreiche Fragen – unter anderem nach dem Wissen der Landesregierung – unbeantwortet sind. Aus diesem Anlass hat sich in Berlin gerade der Edathy-Untersuchungsausschuss konstituiert.

Erinnert sei auch an den untergetauchten Referatsleiter des Justizministeriums, der im Verdacht steht, Jura-Staatsexamen gegen Geld und neuerdings womöglich auch gegen sexuelle Liebesdienste verkauft zu haben. Dass er am Tag seines Haftbefehls noch zu einem Gespräch im Justizministerium erschien, gehört zu den großen Ungereimtheiten dieser Geschichte, die Niewisch-Lennartz nicht erklären kann oder will.



Björn Thümler, MdL – Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.

Foto: dpa

Das gilt auch für die Fluchtumstände eines Sicherungsverwahrten aus der JVA Lingen, der tagelang wie vom Erdboden verschluckt war und sich dabei an einer Minderjährigen sexuell vergangen haben soll. Die Justizministerin sah trotz der offenkundigen Gefahr, die von diesem Mann ausging, keinen Grund, die Bevölkerung zu warnen.

Schließlich forderte die Dringliche Anfrage im Landtag zutage, dass es offenbar auch innerhalb der niedersächsischen Justiz eine Dienstwagenaffäre gibt, in dessen Zentrum ein Landgerichtspräsident und dessen persönlicher Freund und Vorgesetzter, ein Staatssekretär aus dem Justizministerium stehen. Während beim politisch unliebsamen Leiter der Landesschulbehörde Peilsender eingesetzt werden, ein 30-köpfiges Polizeiteam ausrückt, um Wohnung und Arbeitsräume des Beamten zu durchsuchen, passiert im anderen Fall nichts – die Vorwürfe der missbräuchlichen Dienstwagennutzung reichten aus Niewisch-Lennartz` Sicht nicht einmal für eine Disziplinarverfahren.

Wer die Zahl der Fehler und die darauf folgenden, dürren Erklärungsversuche der Ministerin kennt, weiß, dass der Gedanken einer Demission zwangsläufig entstehen musste. „Ich habe noch nie vor einem Rücktritt gestanden“ – es spricht alles dafür, dass sich diese trotzig-parole der Ministerin schon bald als selbstzerstörende Prophezeiung erweisen wird. Ganz nach dem Motto: Niemand hat die Absicht, eine Ministerin zu entlassen – die Fakten sprechen eine andere Sprache.

AUS DEM PARLAMENT

CDU LEGT EU-BETEILIGUNGSGESETZ VOR

Mehr Informationen und Mitspracherecht für den Landtag in EU-Angelegenheiten

„Societas Unius Personae“, kurz SUP – so soll die neue Ein-Personen-Gesellschaft heißen, die die Europäische Union laut einem entsprechenden Richtlinienentwurf in allen Mitgliedsstaaten einführen will. Das Ziel ist eine EU-weit vergleichbare Gesellschaftsform mit nur einem Gesellschafter. Die konkrete Ausgestaltung wird durch die jeweilige nationale Gesetzgebung bestimmt – insgesamt wird es damit 28 SUP-Varianten geben. Der Gründer kann dann den formalen Satzungssitz seiner Gesellschaft und damit das maßgebliche Rechtssystem frei wählen. So soll vor allem die Gründung ausländischer Tochtergesellschaften erleichtert werden. Die Registrierung erfolgt innerhalb von drei Werktagen über ein Onlineverfahren, ein Notar ist nicht beteiligt. Auch ein Mindestkapital ist nicht vorgeschrieben.

Aktuell läuft das Beteiligungsverfahren in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Sie haben jetzt acht Wochen Zeit, zu der plant die Richtlinie Stellung zu nehmen. Aus Deutschland kommt heftige Kritik: Vor allem die Online-Gründung sehen viele Experten mit Bedenken. Der DGB warnt vor weiterem Sozialdumping – durch die mögliche Trennung von Satzungs- und Verwaltungssitz könnten die jeweiligen Steuer-, Arbeits- und Mitbestimmungsrechte umgangen werden.

Landtag soll frühzeitig „Stopp“ sagen können
Auch im Niedersächsischen Landtag wird über die SUP diskutiert. Die rot-grüne Landesregierung muss im Rahmen der nationalen Entscheidungsfindung ihr Votum im Bundesrat abgeben. „Aktuell ist es schwer einzuschätzen, wie sich Rot-Grün entscheiden wird“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer. „Die Möglichkeiten des Landtags auf das Abstimmungsverhalten Niedersachsens im Bundesrat Einfluss zu nehmen, sind derzeit leider sehr begrenzt.“ Bislang ist die Landesregierung in ihrem Stimmverhalten in der Länderkammer des Bundes frei.

Das will die CDU-Fraktion jetzt mit dem Entwurf für ein neues EU-Beteiligungsgesetz grundsätzlich ändern. „Die Gesetzgebungskompetenz der EU ist in den vergangenen Jahren stark gewachsen. Europäische Beschlüsse haben immer mehr Auswirkungen auf die Kompetenzen der Bundesländer und somit auf die



Dirk Toepffer, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.



Mit ihrem Entwurf für ein EU-Beteiligungsgesetz will die CDU-Fraktion für mehr Mitspracherecht des Niedersächsischen Landtags in EU-Angelegenheiten sorgen.

Bürger. Mit einem Beteiligungsgesetz hätte der Niedersächsische Landtag bei kritischen Vorhaben, wie zum Beispiel aktuell bei der SUP, frühzeitig die Möglichkeit, Stopp zu sagen“, erklärt Toepffer. Zudem sollen die Informationsrechte des Landtages hinsichtlich EU-Vorhaben erweitert und die Landesregierung verpflichtet werden, künftig frühstmöglich über politische Vorhaben der EU zu unterrichten.

In anderen Bundesländern ist das längst gang und gäbe. In Baden-Württemberg, Hessen und Bayern wurden bereits 2011 ähnliche Gesetze mit der Unterstützung aller Fraktionen in die jeweiligen Landtage eingebracht. Toepffer: „Im Vergleich zu anderen Bundesländern hat der Niedersächsische Landtag nur wenig Mitspracherecht. Das soll sich ändern. Auch in Niedersachsen wollen die Menschen mitreden können, wenn es um EU-Vorhaben geht, die sie direkt betreffen.“

AKTUELL

KRANKENHAUSVERSORGUNG NEU AUSRICHTEN

Großteil der niedersächsischen Krankenhäuser schreibt rote Zahlen - CDU fordert Einrichtung einer Enquete-Kommission

Die Lage der Krankenhäuser in Niedersachsen ist prekär – laut dem aktuellen Krankenhaus-Rating-Report 2014 schloss fast die Hälfte aller Kliniken das Jahr 2013 mit Verlusten ab. Die Gründe sind nach Einschätzung der Experten das Auseinanderdriften von Personalkosten, die Refinanzierung der Entgelte sowie eine hohe Anzahl kleiner Kliniken mit einer zu geringen Spezialisierung und einem unter dem Bundesschnitt liegenden Landesbasisfallwert. In der Debatte um eine flächendeckende Krankenhausversorgung in Niedersachsen fordert die CDU-Landtagsfraktion deshalb jetzt die Einrichtung einer Enquete-Kommission zur Neuausrichtung der Krankenhausversorgung. „Bei einem so sensiblen Thema reicht bloßes Moderieren in den Regionen nicht aus. Es muss in einem transparenten Verfahren geklärt werden, welches Krankenhaus wir wo und mit welchem Angebot künftig brauchen“, sagt der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Reinhold Hilbers. „Dafür ist eine Enquete-Kommission, in der die Landtagsfraktionen gemeinsam mit externen Experten eine konsensuale Position erarbeiten, das richtige Mittel.“

In die Arbeit der Enquete-Kommission sollen auch die Eckpunkte, die derzeit von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe für eine Reform der Krankenhaus-Versorgung in Deutschland erarbeitet werden, einfließen. Letztlich sei aber die Landesregierung für die Krankenhausplanung verantwortlich. Hilbers: „Es war an der Zeit, dass Rot-Grün im letzten Plenum nach 15 Monaten endlich einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht hat, der die Krankenhausplanung stärker anhand nachvollziehbarer Kriterien wie Versorgungsqualität und Erreichbarkeit in Notfällen ausrichten will.“ Dabei sei allerdings Eile geboten, damit es nicht zu einem Zufallssterben von Krankenhäusern komme.

In Niedersachsen gibt es in vielen Regionen in überschaubarer Entfernung Kliniken von vergleichbarer Größe und Angebot. Viele halten Doppelstrukturen vor und sind nicht ausgelastet - zwei Drittel der Krankenhäuser in Nieder-



Reinhold Hilbers, MdL – stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion.



Zwei Drittel der niedersächsischen Krankenhäuser schreiben aktuell rote Zahlen. Die CDU-Fraktion fordert nun eine Enquete-Kommission zur Neuausrichtung der Krankenhausversorgung.

Foto: dpa

sachsen schreiben aktuell rote Zahlen. „Allein die Zahl der Betten abzubauen wird die Probleme nicht lösen, sondern dazu führen, dass unwirtschaftliche Häuser noch unwirtschaftlicher werden“, sagt Hilbers. Allerdings müsse nicht jedes Krankenhaus die gesamte Leistungspalette anbieten. Kleine Häuser bräuchten eine Spezialisierung, auch Zusammenschlüsse von Häusern und Absprachen benachbarter Kliniken über die Angebotsstruktur seien hilfreich. „Auch über solche Initiativen kann man in einer Enquete-Kommission reden“, so Hilbers.

DIE FRAKTION UNTERWEGS

TEAM CDU: „SCHWARZ, SCHNELL, GUT“

CDU beim Behördenmarathon 2014 schnellste Fraktion

Beim 15. Niedersächsischen Behördenmarathon in Hannover haben die Läufer im Team CDU bewiesen, dass ihr Motto „schwarz, schnell, gut“ kein leeres Versprechen war. Nach insgesamt drei Stunden, 19 Minuten und sieben Runden um den Maschsee stand das Ergebnis fest: Mit einem hervorragenden 72. Platz ist die CDU die schnellste Fraktion im Niedersächsischen Landtag – mit deutlichem Abstand zu SPD, FDP und Grünen. Damit steigerte sich die Mannschaft um den CDU-Landtagsabgeordneten Volker Meyer und den wissenschaftlichen Mitarbeiter Frank Richter im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 50 Plätze – 2013 belegte die CDU-Staffel noch Rang 125.

„Wir waren auch ohne Trainingslager in Südtirol richtig schnell unterwegs. Wir haben einfach die vielen guten Wahlergebnisse der CDU in Niedersachsen auf die Laufstrecke übertragen“, freute sich Volker Meyer. Er gratulierte allen Teams zu den tollen Leistungen rund um den Maschsee.

Für das Team CDU liefen: Volker Meyer MdL, die wissenschaftlichen Mitarbeiter Timm Jacobsen, Frank Richter, Ulf Konze und Paul Derabin sowie Sabine Busse aus dem Pressesekretariat und Praktikantin Vivien Seeger.



Das Team-CDU: (v.l.) Frank Richter, Paul Derabin, Sabine Busse, Vivien Seeger, Volker Meyer MdL und Ulf Konze. Auf dem Bild nicht dabei, aber natürlich ein genauso wichtiges Teammitglied: Timm Jacobsen.



Ging als fünfter für die Fraktion auf die Runde um den Maschsee – Volker Meyer, MdL.



Startläufer Timm Jacobsen übergibt den Staffelstab an Teamkollegin Sabine Busse.

TERMINE

14. Juli

Werkstattgespräch „Runder Tisch - Zukunft der Landwirtschaft“

15. Juli

Fraktionssitzung

21. Juli

Fraktionssitzung

22. Juli - 25. Juli 2014

Plenum

31. Juni bis 10. September

Sommerferien in Niedersachsen

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Anna Anding
Dr. Eike Frenzel
Sabine Busse
Telefon (05 11) 3030-4119

bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de

Die Fraktion auf Facebook

<http://www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds>